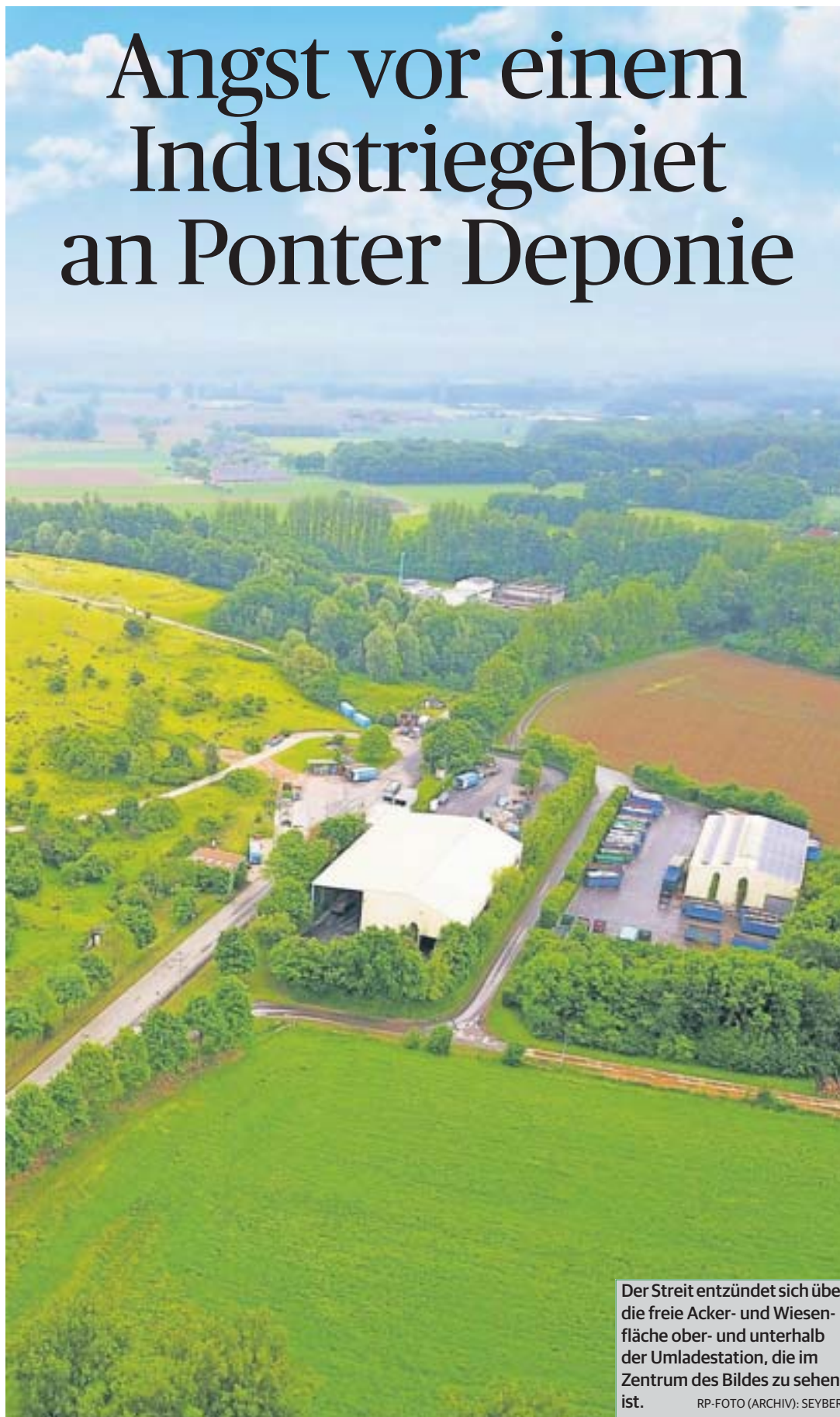


Angst vor einem Industriegebiet an Ponter Deponie



Der Streit entzündet sich über die freie Acker- und Wiesenfläche ober- und unterhalb der Umladestation, die im Zentrum des Bildes zu sehen ist. RP-FOTO (ARCHIV): SEYBERT

Bürgerinitiative ist gegen jegliche Ausweitung der Aktivitäten auf dem Areal in Pont. Sie vermisst Standortalternativen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Das neue Rahmenkonzept sei nur die „Blaupause“ von alten Plänen.

VON MICHAEL KLATT

GELDERN Ginge es nach Franz-Josef Bröhl und Eduard Freiherr von Loë, dürften auf der Deponie Pont nur noch Maßnahmen der Nachsorge ergriffen werden. Alles weitere hat nach Meinung der beiden Männer, die sich als Speerspitze der 2011 mit 1000 Unterschriften in Erscheinung getretenen Bürgerinitiative „Gegen die Erweiterung der Deponie Pont“ sehen, zu unterbleiben. Doch gerade das, nämlich die Erweiterung der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit, beabsichtigt ihrer Meinung nach die Kreis Kleve Abfallwirtschaft GmbH (KKA) mit dem neuen Rahmenkonzept, über das die Stadträte von Geldern und Straelen in Kürze zu befinden haben.

„Das jetzige Rahmenkonzept ist nur eine Blaupause des Konzepts von vor vier Jahren“, urteilt Diplom-Ingenieur Bröhl. Nur, dass die KKA jetzt rund vier statt 2,5 Hektar haben wolle. Davon 3,25 Hektar, ergänzt von Loë, für Containerstellplätze, Bodenlager und Bodenaufbereitung. Dabei ist aus Sicht der Bürgerinitiative noch völlig offen, wie und wann die Bodenabdeckung erfolgt – nicht zuletzt wegen des Baus von neuen, 13 Meter tiefen Schlitzwänden, die das Eindringen von Grundwassermengen verringern sollen. Trotzdem wolle die KKA kurzfristig Millionen investieren.

Wenn der Niersbroeker Weg erst einmal umgelegt und eingezäunt sei, so wie es laut Bröhl das Rahmenkonzept vorsieht, dann sei das Areal für die Natur verloren. Unverständlich ist für von Loë, warum die KKA so viel Fläche vorhalten wolle. Besser wäre es, Land an den Niersverband zu verkaufen und so finanzielle Reserven zu schaffen. Für ein Üding hält er zudem, dass der im aktuellen Entwurf des Regionalplans Düsseldorf ausgewiesene Biotopverbund an der Niers durch die Erweiterungsfläche Abfallwirt-

schaft Pont eingeengt werde. Die KKA soll, so fordert es die Bürgerinitiative, neben der Nachsorge nur die Umladestation betreiben, sonst nichts. „Keine Erweiterung in der Niersaue, sondern eine Umsiedlung in ein Industriegebiet“, so von Loë.

Dabei dürfte nach dem Dafürhalten der Initiative die Umladehalle nicht mehr lange auf der Deponie

stehen. Sie beruft sich auf einen zivilrechtlichen Vertrag vom Dezember 1999, der zwischen den damaligen Bürgermeistern Paul Heßler (Geldern), Johannes Giesen (Straelen) und der KKA geschlossen worden sei. Demnach sollte die Umlade- und Vorbehandlungsanlage spätestens zum 31. März 2015 abgebaut sein. 2013 stimmten beide Räte

einer Verlängerung bis zum 31. März 2018 zu. Die Bezirksregierung, so von Loë, habe die Halle auf unbestimmte Zeit genehmigt. Die beiden Stadträte, so die Vermutung der beiden Initiativen-Vertreter, seien wohl „weichgekocht“ worden durch das „Totschlagargument“ höherer Müllgebühren, falls der Abfall aus dem Südkreis nach Moyland transpor-

tiert werden müsse. Eine Untersuchung von Standortalternativen, wie sie 2013 durch die Fristverlängerung ermöglicht werden sollte, sei bisher unterblieben.

Am 4. Juli wird sich laut Stadtpressexpocher Herbert van Stephoudt Gelderns Bau- und Planungsausschuss erneut mit dem Rahmenkonzept für die Deponie befassen. Straelens Bauausschuss hat das Thema am 27. Juni auf der Tagesordnung, der Rat am 11. Juli. „Falls das Konzept so durchkommt, dann sind keine Verhandlungen mehr über irgendwelche Verträge möglich“, fürchten Bröhl und von Loë. Das sei leichtsinnig. Erst müssten die Verträge unter Dach und Fach sein. Das jetzt geplante Bodenlager

„Das jetzt geplante Bodenlager ist nichts anderes als ein trojanisches Pferd“

Franz-Josef Bröhl
Diplom-Ingenieur

sei nichts anderes als ein „trojanisches Pferd“, das davon ablenken soll, dass die Niersaue in ein Industriegebiet verwandelt werden soll.

Die Bürgerinitiative beharrt auf ihren Zielen: Nach 40 Jahren sollen die Einwohner von Pont und Niersbroek vom Verkehr, Lärm und sonstigen Emissionen von der Deponie sowie von einer weiteren Verschandelung des Landschaftsbildes entlastet werden. Ein unabhängiger Gutachter muss eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zur geplanten Millioneninvestition vornehmen samt Aufzeigen von Standortalternativen näher an der Autobahn und an den Müllverbrennungsanlagen. Das Bodenlager soll auf eine Ackerfläche kommen, ohne Umlegung des Niersbroeker Weges, bis nähere Einzelheiten über die Bodenabdeckung geklärt sind. Die Deponie sei schnellstmöglich abzudecken und zu rekultivieren. Alle abfallwirtschaftlichen Aktivitäten, die nicht zwingend mit der notwendigen Nachsorge zu tun haben und nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen basieren, sollen unterbleiben.

Und die Bürgerinitiative möchte bei der Planung der Zukunft des Wirtschaftsstandortes einbezogen werden. Das hätten sowohl Geldern als auch Straelen versprochen. „Das ist bisher nicht geschehen, wir bekamen nur die fertigen Konzepte vorgesetzt“, moniert Freiherr von Loë.